

## »Grundrechte mit dem Knüppel«

### Der akj auf Demo-Beobachtungsposten im Wendland

Als die friedliche Nutzung der Kernenergie in den 60er Jahren begann, galt sie als saubere und sichere Möglichkeit die Energieversorgung sicherzustellen. Doch niemand machte sich um die Endlagerung des dabei anfallenden heißen, hochgiftigen und strahlenden Mülls Gedanken. Heute weiß mensch, dass der Atommüll für eine Million Jahre sicher gelagert werden muss. Nach vierzig Jahren kommerzieller Nutzung der Atomenergie gibt es nach wie vor keine Lösung für das Lagerungsproblem.

VON AUTORINNENKOLLEKTIV

Nichtsdestotrotz wurde am 28. Oktober 2010 das 11. Änderungsgesetz zum Atomgesetz im Bundestag verabschiedet. Danach sollen die 17 deutschen Atomkraftwerke im Durchschnitt 12 Jahre länger als nach ursprünglicher Gesetzeslage, also über das Jahr 2040 hinaus, weiter Strom produzieren. Nach Berechnungen von Greenpeace fallen bei einer Laufzeitverlängerung um zehn Jahre über 6000 Tonnen hochradioaktiver Atommüll an. Dies entspricht 650 Castoren. Bei dem von rot-grün beschlossenen Atomausstieg fielen noch 2000 Tonnen Atommüll an – das sind zwei Drittel weniger. Eine Laufzeitverlängerung um 15 Jahre führt zu mehr als 8000 Tonnen Atommüll. Der letzte Meiler würde damit doppelt so lange laufen, wie nach dem bisherigen Atomausstieg vorgesehen, also 78 Jahre – bis ins Jahr 2064! Geplant war, den letzten Meiler im Jahr 2027 abzuschalten.

Die schwarz-gelbe Regierung hat mit dem Gesetz über die Laufzeitverlängerung nicht nur mit dem Atomkonsens gebrochen, sondern es darüber hinaus trotz formeller und inhaltlicher verfassungsrechtlicher Bedenken am Bundesrat vorbei geschleust.



Dabei hat die Regierung nicht nur mit rechtlichen Problemen zu kämpfen. Denn auch ein immer größer werdender Teil der Bevölkerung zeigt sich mit der aktuellen Atompolitik nicht mehr einverstanden und äußert seinen Unmut auf zahlreichen Großdemonstrationen.

Die Anti-Atom-Proteste der Bevölkerung haben ähnlich großen Umfang angenommen wie Anfang der 80er Jahre: Im April 2010 bildeten 120 000 Menschen eine Aktions- und Menschenkette von Krümmel bis Brunsbüttel, im September 2010 trafen sich über 100 000 Menschen zur Umzingelung des Bundestags und im Oktober 2010 demonstrierten 50 000 Menschen in München. Außerdem wurde Anfang November letzten Jahres im Wend-

land nicht nur der 12. Castortransport nach Gorleben erwartet, sondern auch breiter Widerstand, der sich sowohl gegen die 11 Spezialbehälter mit dem radioaktiven Atommüll richtete, als auch gegen die geplante Laufzeitverlängerung der Bundesregierung.

Allein der Umfang der erwarteten Proteste und die Erfahrungen mit dem polizeilichen Umgang bei ähnlichen Großdemonstrationen waren für den akj-berlin Grund genug, gemeinsam mit dem *Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V.* im Wendland Beobachtungsposten zu beziehen. Die Erfahrung lehrt, dass es bei Versammlungen immer wieder zu massiven Rechtsbrüchen seitens der Polizei kommt. Unser Ziel war es daher, insbesondere das polizeiliche Vorgehen zu beobachten und möglichst umfassend zu dokumentieren, um das Recht auf Versammlungsfreiheit gem. Art. 8 I Grundgesetz zu schützen.

Wie wichtig es ist, dieses Recht zu schützen, wurde uns gleich am Sonntag eindrucksvoll von einem Polizeibeamten bewiesen. Nachdem er uns grundlos in rüdem Ton einen Platzverweis erteilt hatte, machten wir ihn höflich auf unsere offiziellen Demobeobachtungsausweise aufmerksam. Seine Reaktion kam prompt: »Was issn das für ne selbstgebastelte Scheiße? Komitee für Grundrechte? Ich mach dir gleich Grundrechte – mit dem Knüppel!«

Tatsächlich handelte es sich bei den diesjährigen Widerständen gegen den Castortransport um die größten in der Geschichte der Wendland-Proteste. So kamen am Samstag, den 6. November 2010 erstmals 50 000 Menschen aus ganz Deutschland ins Wendland, um friedlich gegen Atomkraft und deren Folgen zu demonstrieren. Tausende von ihnen beteiligten sich während der Folgetage an verschiedenen Aktionsformen: So blockierten Sonntagabend bis zu 5000 DemonstrantInnen die Schienen in der Nähe von Harlingen und harrten dort bis zu 20 Stunden aus – die größte Gleisblockade in der Protestgeschichte.

## Verwunderung in Gorleben

In die lange Liste der Superlative reiht sich auch die Blockade vor der Einfahrt zum Zwischenlager Gorleben ein. Bereits am Sonntagnachmittag hatten sich dort 2000 Demonstrierende zu einer Sitzblockade niedergelassen, weitere 2000 Menschen schlossen sich ihnen bis zur Räumung der Blockade am frühen Dienstagmorgen an. Während dieser Zeit sorgten die bestens organisierten VoKüs für eine kulinarische Rundumversorgung der WiderständlerInnen,

sodass niemand Hunger leiden musste. Mit vollem Bauch sitzt es sich eben besser!

Auch wir konnten somit am Montag Abend gestärkt in unsere Beobachtung der Sitzblockade starten. Als wir uns zu einer ersten Erkundung aufmachten, mussten wir uns zunächst einmal kräftig die Augen reiben, bekamen wir doch nicht nur deutsche Polizeieinheiten zu Gesicht. Zu unserer großen Überraschung waren auch Beamte aus Kroatien vor Ort, um von den deutschen Kolleginnen und Kollegen zu »lernen«. Proteste in diesem Umfang kenne man zu Hause nicht, teilte uns ein Beamter der kroatischen Polizei mit. Zwar waren die Beamten durchaus für einen Plausch mit uns zu haben, eine genaue Rechtsgrundlage für ihren Einsatz konnten sie uns dann aber doch nicht nennen. Vielmehr sei dieser im Rahmen normaler internationaler Zusammenarbeit üblich. Ob das Bundesinnenministerium wohl wenigstens von diesem Einsatz Kenntnis hatte?

Bemerkenswert war auch der spätere Versuch eines Beamten in Zivil, eine Demonstrationsbeobachterin über unsere Dokumentationsarbeit auszufragen und ihr bei dieser Gelegenheit falsche Informationen bezüglich der Räumung unterzujubeln. Dabei kam der alte Herr mit der Brille doch so nett daher ...

Als die Polizei gegen drei Uhr morgens dann tatsächlich mit der Räumung begann, war die Verwunderung zunächst groß. Mit Samthandschuhen trug sie die Blockierenden einzeln von der Straße und sah anfangs dabei zu, wie sich diese einfach wieder in die Blockade einreiheten. Immer wieder bedankte sich die Polizei über Lautsprecher für die gute Mitarbeit der Demonstrierenden und lobte bei dieser Gelegenheit auch ihr eigenes verhältnismäßiges Vorgehen nicht zu knapp. Beinahe niedlich wirkte es, wie sie ihr Verhalten zum Nachweis der Verhältnismäßigkeit aufzeichnete und zu diesem Zweck immer wieder einE BeamtIn mit einer Kamera hinter den räumenden KollegInnen herlief. Als jedoch der Morgen graute und die Mehrheit der Presse ihre Bilder im Kasten hatte, riss der Polizei der Geduldsfaden. Zwar mögen die BeamtInnen zu diesem Zeitpunkt durchaus ein riesiges Loch im Bauch gehabt haben. Doch ein solches kann ihr weiteres Verhalten nicht entschuldigen: Die Polizei ging nun viel zünger und deutlich rücksichtsloser gegen die Demonstrierenden vor, schubste diese, ließ sie vereinzelt fallen, vertrieb Presse und DemonstrationsbeobachterInnen und verhielt sich auch sonst überaus gereizt.

Bereits zuvor waren aus der Polizeikette heraus an mehreren Stellen Filmaufnahmen der Demonstrierenden gemacht worden, obwohl diese zu diesem Zeitpunkt völlig ruhig auf der Straße saßen. Darauf angesprochen, dass es sich aufgrund der räumlichen Enge wohl schwer um Übersichtsaufnahmen gehandelt haben kann, zeigte uns der filmende Polizeibeamte grinsend einen Teil der Aufnahme. Tatsächlich hatte er längere Aufnahmen mit deutlich sichtbaren Gesichtern angefertigt. Er nannte das »eine wunderschöne Übersichtsaufnahme«. Ihr eigenes Vorgehen dokumentierte die Polizei zu diesem Zeitpunkt schon lange nicht mehr ...

## Protest 2.0 und BauerInnenschläue

Bereits am Sonntag folgten weitere 4 000 Menschen dem Aufruf zum sogenannten Schottern – dem Entfernen des Schotters von den Bahnschienen, um den Castortransport effektiv zu verhindern. Dabei wurden die Schotterer von Polizeiknüppeln, Tränengas, Pfefferspray, Wasserwerfern, und berittener Polizei schikaniert und steckten immer wieder heftige Prügel ein.

Allerdings halfen neue Kommunikationskanäle wie Facebook, Twitter und Live-Ticker dabei, Aktionswillige zu mobilisieren und zu koordinieren. Der Protest 2.0 nahm im Wendland konkrete Gestalt an.

Doch auch altbewährte Mittel zeigten durchaus ihre Wirkung. Das bewiesen einmal mehr zwei Wendländerinnen, als ihnen die Polizei den Weg nach Hause versperrte. Kurzer Hand positionierten sie sich mit ihren Fahrrädern unmittelbar vor zwei Beamten und raubten ihnen mit einem ununterbrochenen, stundenlangen Fahrradklingel-Konzert den letzten Nerv. Selbst nach dem zweiten Schichtwechsel klingelten der Polizei derart die Ohren, dass sie die zwei hartnäckigen Ladies schließlich passieren ließ. Auch auf die bekannte BäuerInnenschläue war im Wendland mehr als Verlass: Nach guter alter Manier blockierten einheimische Bäuerinnen und Bauern mit Treckern und anderem Gerät die zentralen Landstraßen und Kreuzungen und behinderten dadurch massiv die Polizei.

## Wo bleibt der Orkan?

Umfang und Kreativität der Proteste, sowie die Tatsache, dass erstmals öffentlich zum Schottern aufgerufen wurde, zeigt: Es weht ein frischer Widerstandswind in der freien Republik Wendland.

Um sich jedoch in Berlin tatsächlich Gehör zu verschaffen, muss sich dieser noch zu einem aus-

gewachsenem Orkan entwickeln. Nur ein solcher wäre auch in der Lage, die immer wiederkehrenden, systematischen Rechtsbrüche seitens der Polizei zu überwinden. So mussten auch bei den diesjährigen Castor-Protesten ein offensichtlich unverhältnismäßiger Einsatz von Zwangsmitteln, der unzulässige Einsatz europäischer PolizeibeamtInnen, das stundenlange Festhalten tausender Demonstranten in einer »Freiluft-Gesa« ohne jeglichen Rechtsschutz, Hausdurchsuchungen ohne richterlichen Beschluss, die Behinderung von DemonstrationsbeobachterInnen<sup>1</sup>, sowie der Einsatz von Drohnen<sup>2</sup> festgestellt werden. In diesem Sinne: Ein dreifaches Hoch auf den verfassungsrechtlich verbürgten Anspruch auf Schutz der Grundrechte! ☹

1 Pressemitteilung des RAV vom 15. II. 2010.

2 »Volle Drohnung gegen Demonstranten«, TAZ vom 17. II. 2010.

